

01/2024

fdplus

Eurofighterin

Strack-Zimmermann

Streitbar in Europa

STARTCHANCEN- PROGRAMM

Ein Meilenstein für die
Bildungsrepublik

EUROPA- WAHLKAMPF

Die Kandidaten und
das Programm

DEMOKRATIE IM STRESSTEST?

Jetzt kommt es auf die
bürgerliche Mitte an!

Inhaltsverzeichnis

Streitbar in Europa	Seite 3
1. Bereit für den Wahlkampf	Seite 5
2. Kauch rückt für Beer ins EU-Parlament nach	Seite 5
3. Zwei liberale Bürgermeister für Bayern	Seite 5
Demokratie im Stresstest? – Jetzt kommt es auf die bürgerliche Mitte an!	Seite 6
Streitbar in Europa	Seite 9
Unsere Agenda für Europa	Seite 11
Europäische Depesche	Seite 13
Strategielosigkeit in einer bedrohten Weltordnung	Seite 15
Einwanderung sichert unsere Zukunft	Seite 19
Generationenkapital	Seite 21
Ein Meilenstein für Bildungspolitik	Seite 23
Gute Argumente	Seite 25
InfraGO - Sanieren, Modernisieren, Digitalisieren für eine starke Schiene	Seite 26
Zukunft konkret gestalten	Seite 28
Arbeiten im Maschinenraum der Liberalen Familie	Seite 29
Wir brauchen eine Wirtschaftswende	Seite 30

Streitbar in Europa

Autor: Navina Knoke, Teamleiterin Digitale Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser,

„Es gibt zwei ganz verschiedene Vorwürfe an die FDP“, sagte Christian Lindner vor kurzem in einem Interview. „Der eine ist der, wir seien die Blockierer, wir würden nicht dafür sorgen, dass Sozialdemokraten und Grüne ihre Vorhaben umsetzen können. Und der andere Vorwurf ist, die FDP würde zu wenig beispielsweise den Grünen in den Arm fallen.“

Von beiden Seiten her sollen diese Vorwürfe unsere Regierungsarbeit diskreditieren. Beide Darstellungen sind geprägt vom Narrativ unserer politischen Mitbewerber. Das muss uns hellhörig machen.

Richtig ist: Die FDP macht eine professionelle Regierungsarbeit in einer Koalition mit zwei weiteren Partnern. Und das bedeutet immer, Kompromisse zu finden, um das Land voranzubringen. Innerhalb und außerhalb unserer Partei kann man zu einzelnen Entscheidungen in der Sache unterschiedlicher Meinung sein. Das ist legitim. Das Stereotypisieren unserer Partei und ihrer Mitglieder in die eine oder andere Richtung ist hingegen nicht redlich oder gar populistisch und sollte von Demokraten tunlichst vermieden werden.

Unsere Regierungsverantwortung nutzen wir, um unser Land stärker, moderner und freier zu gestalten. Und unsere Erfolge – wie beispielsweise das Startchancen-Programm, ein Kernprojekt unserer liberalen Bildungspolitik und eine echte bildungspolitische Trendwende, oder das neue Staatsangehörigkeitsrecht, das eine moderne Einwanderungspolitik schafft – sollten wir uns von niemanden, besonders nicht von politischen Mitbewerbern oder Populisten aller Couleur kleinreden oder gar absprechen lassen. Wir sollten sie feiern und laut für sie eintreten, wo immer wir sie diffamiert sehen, online und offline.

Es bleibt die Frage: Wie also begegnen wir den Vorwürfen an unsere Partei? Lassen Sie uns das gemeinsam machen. Lassen Sie es uns auf unsere liberale Art tun. Mit den besseren Argumenten, mit Vernunft statt emotionalem Chaos und mit der

optimistischen und lösungsorientierten Herangehensweise, die uns eigen ist. Denn wir können sie entkräften, die einfachen Antworten, die hetzerischen Aussagen und die negativen Sichtweisen.

„Es gibt einen dritten Weg zwischen Gesundbeten und Schwarzmalerei“, sagte Christian Lindner beim Dreikönigstreffen. Gehen wir also auf diesem Weg jetzt in den Europawahlkampf, mit einer klaren Vision, mit deutlichen Forderungen, mit Rückgrat und einer starken Spitzenkandidatin, die Sie in diesem Heft auffordert: „Lassen Sie uns gemeinsam für unser Europa auf die Straßen gehen“.

Ihre Navina Knoke

- Ende Editorial -

1. Bereit für den Wahlkampf

Am 9. Juni treffen die Bürgerinnen und Bürger eine Richtungsentscheidung über die Zukunft Europas. Gleichzeitig werden in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt neue Kommunalparlamente gewählt. Und dafür gibt Ihnen die Bundesgeschäftsstelle Rüstzeug mit auf den Weg. Im Mitgliederportal der Freien Demokraten finden Sie im Kampagnenbereich die Werkzeuge und Informationen, die Sie brauchen, um sichtbar in den Straßen- und Häuserwahlkampf zu ziehen. Holen Sie sich noch heute die „FreieDemokraten“-App auf ihr Handy, um in die Wahlkampfzubereitung zu gehen! In den nächsten Wochen und Monaten versorgen wir Sie ebendort auch mit Neuigkeiten und Hilfestellungen rund um den Wahlkampf.

2. Kauch rückt für Beer ins EU-Parlament nach

FDP-Politiker und LiSL-Chef Michael Kauch ist seit dem 1. Januar Mitglied des Europaparlaments. Er rückte für Nicola Beer nach, die zur Vizepräsidentin der Europäischen Investitionsbank ernannt wurde. Angesichts der Europawahl am 9. Juni wird Kauch bis Juli Europaabgeordneter sein. „Die kurze Zeit möchte ich nutzen, um neben der laufenden Gesetzgebungsarbeit vor allem die Bürger- und Menschenrechte von LSBTI voranzubringen“, so Kauch. „In Teilen Osteuropas, aber aktuell auch in Italien ist einiges zu tun. Global muss die EU ebenfalls eine stärkere Rolle für queere Rechte spielen. Wir brauchen einen queerpolitischen Aufbruch auch in Europa.“ Die Nachfolge von Beer als Vizepräsident des EU-Parlaments hat Jan-Christoph Oetjen übernommen.

3. Zwei liberale Bürgermeister für Bayern

Kochel am See und Sulzbach am Main haben in Zukunft liberale Gemeindevorsteher: Jens Müller (FDP) trat als Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft Kochel an und setzte sich in einer Stichwahl mit 60,1 Prozent gegen die Konkurrenz durch. Er bedankte sich bei den Wählerinnen und Wählern: „Ich bin's. Ich kann es noch nicht richtig fassen. Ich hoffe, dass ich vieles verwirklichen kann, was ich mir vorgenommen habe.“ Markus Krebs (FDP) konnte in Sulzbach in einem Erdrutschsieg 78,8 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Krebs erklärte nach der Verkündung des Wahlergebnisses: „Das ist der Anfang und nicht das Ende! Es gibt viel zu tun. Packen wir es gemeinsam an!“ Wir gratulieren den frischgebackenen Bürgermeistern recht herzlich und wünschen gutes Gelingen!

Demokratie im Stresstest? – Jetzt kommt es auf die bürgerliche Mitte an!

Autor: Bijan Djir-Sarai, FDP-Generalsekretär

Stück für Stück gnadenloser im Ton und schrill erscheint momentan der politische Diskurs nicht nur hierzulande, sondern auch in anderen Gesellschaften Europas. Dabei sind die Populisten und Demokratieverächter von ganz rechts und ganz links ganz vorne mit dabei. Mit einfachsten Parolen, schnellen Lösungen und den immer gleichen Rezepten drängeln sie sich in die vorderste Reihe der Diskussionen. Eines muss deshalb immer klar und deutlich gesagt werden: Diese politischen Kräfte verachten die Demokratie, sie arbeiten mit Verschwörungstheorien und versuchen die Bürgerinnen und Bürger aufzubringen. Sie benötigen dieses Grundraunen für ihr eigenes Überleben, es ist ihre gemeinsame unsägliche politische DNS. Bürgerlich, so viel steht fest, sind all diese Kräfte jedenfalls garantiert nicht.

Nicht bürgerlich – sondern unmoralisch

Wer die Freiheit verachtet, Menschen abwertet, Minderheiten herabsetzt und Vielfalt und Internationalität als Bedrohung empfindet, wie auch die AfD es tut, kann nicht bürgerlich sein, sondern hat schlicht keinen Anstand. Phantastereien über die „Deportation“ deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Migrationsbiografien sind schlicht ekelhaft, unmoralisch und ohnehin rechtswidrig. Hier ist eine Maske gefallen, hinter der deutlich wird, wohin die Reise mit diesen Feinden von Demokratie und Freiheit gehen würde. Diese Kräfte wollen nichts Gutes für Deutschland und sie wollen nichts Gutes für Europa. Diese Kräfte sind eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft und im Übrigen auch für die Wirtschaft in unserem Land. Diese ist nicht zuletzt deswegen trotz aller Belastungen robust, weil sie Teil des europäischen Binnenmarktes und international stark verwoben ist. Nationalismus, völkisches Denken und ein komplett einseitig ideologisiertes Gesellschaftsbild können nie eine Alternative für Deutschland sein, sie sind Gift für Deutschland!

Diskurs und Demokratie

Die Aneinanderreihung verschiedener Krisen und krisenhaften Ereignissen, mit

denen wir mit Blick auf das politische Handeln stets konfrontiert sind, haben unsere Gesellschaft verunsichert, teils tief gespalten. Sie haben zum Teil ein diffuses Bedrohungsszenario entstehen lassen, dass es in dieser Breite und Tiefe lange nicht mehr gegeben haben mag. Radikale Kräfte nutzen das aus und wirken dabei auf den politischen Diskurs wie ein Brandbeschleuniger. Ebenso wie bei internationalen Konflikten ist es eine Herausforderung für die Diskussionen in einer Demokratie, wenn man jemandem gegenübersteht, der nicht dazu bereit ist, den absoluten Minimalkonsens mitzutragen. Sondern einem Gegenüber zu begegnen, das die Unredlichkeit des Regelbruchs bewusst als Mittel zum Zweck einsetzt. Wo Fake News und Unwahrheiten normal werden und keine Bereitschaft für Differenzierung und einen Fakten-Check vorhanden ist, steht man abseits der Demokratie.

Radikalität mit Vernunft bekämpfen

Doch in dieser Situation, in dieser Geduldsprobe für unseren demokratischen Rechtsstaat schlägt zuvorderst die Stunde der politischen Mitte und genauer gesagt die Stunde der bürgerlichen Mitte! Denn es ist ein Trugschluss zu glauben, ausgerechnet die ganz radikale Linke wäre in der Lage, die ganz radikale Rechte effektiv politisch zu bekämpfen. Radikalität wird nie mit Radikalität bekämpft, sondern nur mit Vernunft und einem politischen Angebot, das nicht spaltet, sondern versöhnt. Hier liegt auch die Verantwortung und die Chance für uns Freie Demokraten als liberale Kraft der Mitte, als Kraft der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Und auch nicht zuletzt als Kraft des bürgerlichen Lagers. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Krisen und Herausforderungen, wie die Sanierung der Staatsfinanzen, die Migrationsfrage, die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes oder die Zukunft der EU und ihre Position in der Welt, können und müssen gerade wir reale und ehrliche politische Beiträge leisten, die geeignet sind, das Land zu verbessern und nach vorne zu bringen. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Ausdruck des demokratischen Grundkonsenses

Realitäten anzuerkennen und auf ihrer Basis Politik zu betreiben, ist immer noch das beste Mittel, um die Akzeptanz zu erlangen aus der sich der demokratische Grundkonsens speist. Dass es derzeit überall im Land, in großen wie in kleinen Städten, in Ost wie in West, im Norden wie im Süden, große Demonstrationen und Versammlungen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber für

Weltoffenheit und Demokratie gibt, ist ein starkes, ein positives Zeichen. Immer mehr Menschen quer durch alle Gruppen der Bevölkerung sagen „Stopp“ und setzen so persönlich ein Zeichen dafür, dass sie unsere freie Gesellschaft unterstützen und vor allem erhalten wollen – und das im demokratischen Konsens über Parteigrenzen und Anschauungen hinweg. Wir sollten uns als Partei der Mitte nicht davon einschüchtern lassen, dass es politische Kräfte gibt, die versuchen, die Deutungshoheit über diese Demonstrationen zu erlangen und sie für ihre eigene politische Agenda auszunutzen. Diese Demonstrationen sind Ausdruck davon, dass die große Mehrheit in Deutschland Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit schätzt und bewahren möchte. Sie sind Ausdruck des demokratischen Grundkonsenses, der mittlerweile so fragil geworden zu sein scheint.

EU: Zukunft und Frieden

Neben den politischen Herausforderungen, denen sich Deutschland stellen muss, stehen wir in diesem Jahr vor einer entscheidenden Weichenstellung für uns alle in der Europäischen Union. Es geht bei der Europawahl im Juni um nichts Geringeres als die Zukunft dieser EU! Darum, ob sie in der Lage sein wird, sich nach innen und außen verteidigen zu können. Darum, ob es gelingt, Europa zu einem wirtschaftlich starken Zukunftskontinent zu machen und darum, ob es gelingen kann, das Friedensprojekt EU zusammen zu halten. Die politisch Extremen von rechts und links stehen bereit, um das zu bekämpfen, was sie am meisten hassen: Freiheit, Individualität und Vielfalt. Es wird auch Aufgabe der Freien Demokraten sein, mit aller politischen Kraft dagegen zu halten!

- Ende Artikel -

Streitbar in Europa

Autorin: Dr. Marie Agnes Strack-Zimmermann, Spitzenkandidation zur Europawahl

Nicht nur aus Vernunft, sondern auch aus leidenschaftlicher Überzeugung streiten wir für ein starkes Europa. Unsere Demokratie braucht Freie Demokraten mit Rückgrat, klaren Worten und einer Vision für ein selbstbewusstes, starkes Europa. Dafür tritt

unsere Spitzenkandidatin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Europawahl an.

Am Anfang war die Vision von einem geeinten Europa: Die Erfahrungen aus zwei verheerenden Weltkriegen hatten zu der Einsicht geführt, dass langfristig nur Versöhnung und Kooperation weitere bewaffnete Konflikte zwischen den europäischen Völkern verhindern können. Auf den Trümmern der europäischen Geschichte entstand ein visionäres politisches Projekt, das zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand auf dem Kontinent führte. Heute, 79 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges ist dieses großartige europäische Friedensprojekt jedoch akut gefährdet. Die Gefahr droht sowohl von innen als auch von außen.

Europa als Garant für Frieden und Stabilität

Der russische Überfall auf die Ukraine hat die internationale Sicherheitsarchitektur ins Wanken gebracht und stellt besonders die Europäische Union vor gigantische Herausforderungen. Wladimir Putin führt nicht nur einen imperialistischen Feldzug gegen die Ukraine. Mit seinen Raketen zielt er auch auf die europäischen Werte der Freiheit und der Demokratie. Die militärischen Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen, die nicht zufällig seit November des vergangenen Jahres auch unsere Con-

tainerschiffe im Roten Meer bedrohen, gefährden zunehmend den Welthandel und greifen damit auch Europas Wohlstand an. Wenn wir auch in Zukunft in Frieden und in Freiheit leben wollen, muss Europa angesichts der vielfältigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen deutlich resilienter werden. Wir können uns nicht ewig auf den Schutzschirm der Amerikaner verlassen, deren Fokus sich immer weiter auf den Indopazifik konzentriert. Deshalb muss Europa nicht nur unabhängiger agieren, sondern sich letztendlich auch selbst verteidigen können. Die europäische Integration steht für den immer engeren Zusammenschluss der

europäischen Völker und ist der Garant für Frieden und Stabilität auf dem Kontinent. Zunehmende nationalistische Tendenzen und das Erstarken radikaler Parteien gefährden Europa deshalb auch von innen. In einigen Mitgliedsstaaten sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt. In manchen Ländern sogar stärkste Kraft. Das Beispiel Ungarn zeigt, dass die europäischen Rechtspopulisten von Autokratien träumen, in denen die europäischen Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit nicht mehr geschützt werden. Sie untergraben gezielt die Demokratie. Uns muss klar sein, dass rechtspopulistische Parteien das Ziel verfolgen, die Europäische Union von innen heraus zu zerstören.

Für ein starkes Europa der Freiheit, Weltoffenheit und Zukunft

Das beste Mittel gegen einen Wahlerfolg der Rechtspopulisten im Juni ist eine neue Vision von Europa – von einem Europa, das das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger einfacher macht und nicht durch immer mehr Bürokratie verkompliziert; von einem Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen schafft; von einem Europa, das Freiheit in Wohlstand erhält.

Wir Freie Demokraten wollen einen positiven und lösungsorientierten Wahlkampf führen. Mit unserem Europawahlprogramm liefern wir die richtigen Antworten auf die drängenden europäischen Fragen. Wir wollen „Europa. Einfach. Machen“, und ich lade Sie ein, dafür mit aller Kraft zu streiten und mit uns gemeinsam für die Zukunft Europas zu kämpfen

Liebe Leserinnen und Leser, lassen Sie uns gemeinsam für unser Europa auf die Straße gehen. Es lebe Europa!

- Ende Artikel -

Unsere Agenda für Europa

Fortschritt, Freiheitsliebe, faire Spielregeln und Verantwortung für die Zukunft sind unsere Werte, die unsere Argumentation in den politischen Entscheidungsfeldern prägen. Was das in den politischen Debatten bedeutet, lesen Sie hier.

- Mit “one in, two out” EU-Bürokratie abbauen.

Vor allem die immer weiter zunehmenden Bürokratielasten ersticken neues Wirtschaftswachstum im Keim. Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) wurde fortlaufend zusätzliche Bürokratie geschaffen. Mittlerweile sind 57 Prozent der bürokratischen Belastungen in Deutschland auf EU-Gesetze zurückzuführen. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, sowie Selbstständige sehen sich angesichts dieser Regulierungswut gezwungen, wertvolle Energie und Zeit für die Bewältigung immenser bürokratischer Anforderungen aufzuwenden. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau einleiten. Nur so kann die EU als Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues Wachstum und Wohlstand werden.

- Für eine Europäische Verteidigungsunion als Zwischenschritt hin zu einer Europäischen Armee.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Europa eine gemeinsame Antwort auf die außen- und sicherheitspolitischen Realitäten findet. Dafür sind wir streitbar in Europa: Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle.

- Für solide Finanzen und gegen gemeinsame Schulden.

Wir Freie Demokraten wollen durch mutige Reformen starke und handlungsfähige EU-Institutionen schaffen, die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und solide Finanzen europaweit sicherstellen. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion geben. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die Bekämpfung der Inflation oberste Priorität.

- Für eine wirksame Bekämpfung irregulärer Migration durch Feststellung des Schutzstatus von Asylanträgen in Drittstaaten.

Europa ist dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich kluge Köpfe für eine Einwanderung nach Europa entscheiden. Um bei der Bevölkerung in Europa die Akzeptanz für reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu erhöhen, muss Europa das Problem der irregulären Migration in den Griff bekommen.

Wir Freie Demokraten wollen den Kurs der neuen Realpolitik in der Migration konsequent umsetzen und weiter vorantreiben – für mehr Kontrolle und Ordnung. Wir befürworten die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen

- Technologieoffenheit sichern und E-Fuels zulassen.

Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit, damit Europas Wirtschaft im immer intensiveren Wettbewerb bestehen kann und für die besten Forscherinnen und Forscher attraktiv bleibt.

Wir sprechen uns klar gegen pauschale Verbote und für einen Wettbewerb der besten Technologien aus. Das betrifft unter anderem den Einsatz von E-Fuels für eine klimafreundliche Mobilität, Wasserstoff im Gebäudeenergiebereich oder die Chancen der Fusionstechnologie und von Small Modular Reactors (SMR) für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

- Ende Artikel -

Europäische Depesche

Unsere fünf FDP-Abgeordneten setzen sich im EU-Parlament mit der Fraktion „Renew Europe“ dafür ein, dass Europa geeint, fortschrittlich und innovativ bleibt. Über die Themen, die sie aktuell umtreiben, berichten sie hier in aller Kürze.

Mehr Freihandel! Svenja Hahn, Handelspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

Zitat: „Eine starke Demokratie und Wirtschaft lebt von Zusammenarbeit und Handel mit Partnern.“

Die EU darf Freihandelsabkommen aber nicht nur verhandeln, sondern sie muss sie auch ratifizieren und neue Märkte öffnen. Das handelspolitische Potential für mehr Handel mit mehr Partnern ist riesig: Mercosur, Indien, Australien und Mexiko. Wir brauchen jetzt eine Offensive für mehr Freihandel.

Keine EU-Gelder mehr für palästinensische Terroristen. Moritz Körner, Innen- und haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

Zitat: „Wer nicht bereit ist, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und Antisemitismus zu verurteilen, sollte nicht durch EU-Mittel subventioniert werden.“

Im Zuge der Verhandlungen des Europäischen Haushalts für das Jahr 2025 gilt es zu verhindern, dass durch Steuermittel direkt oder indirekt Terrorismus finanziert wird. Solange die Palästinenser mit ihrem sogenannten Märtyrerfonds Terroristen für das Ermorden von Israelis monatliche Gehälter zahlen, darf die EU keine Mittel mehr an die Palästinensische Autonomiebehörde überweisen.

Neue Züchtungsmethoden sind Zukunftsinnovation für die Landwirtschaft. Jan-Christoph Oetjen, Agrarpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

Zitat: „Wir brauchen jetzt ein Denken frei von Ideologie und Dogmatismus bei diesem Thema.“

Neue Züchtungsmethoden wie Crispr und Cas haben großes Potential für unsere Europäische Union. Für bessere Ernährungssicherheit in Europa, starke Resilienz der Pflanzen gegenüber Klimawandel und invasiven Schädlingen sowie mehr Nachhaltigkeit in der gesamten Landwirtschaft. Doch der klare Unterschied zur klassischen Gentechnik ist in Teilen von Politik und Gesellschaft noch nicht angekommen.

**Europäischer Gesundheitsdatenraum (EHDS). Andreas Glück,
Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament**

Zitat: „EHDS bietet große Chancen für Patientensicherheit. “

Patienten grenzüberschreitend zu behandeln ist oft kompliziert. Bisher fehlt eine Plattform zum Datenaustausch. Dies soll sich mit dem EHDS ändern. Ärzte sollen nun Einblick in Diagnostik und Medikamentenpläne erhalten, auch wenn diese in einem anderen EU-Staat gemacht wurden. Die Forschung soll ebenfalls Daten zur Verfügung gestellt bekommen. Hier braucht es den besten Datenschutz. Mit einer Opt-Out Regelung soll auch individuell entschieden werden können, falls eine Weitergabe der eigenen Daten nicht gewünscht ist.

**Mittelstandspolitik. Michael Kauch, Wirtschafts- und forschungspolitischer Sprecher
der FDP im Europäischen Parlament**

Zitat: „Der Mittelstand darf nicht nur in Sonntagsreden die Aufmerksamkeit der EU haben. Wir brauchen weniger, nicht mehr Bürokratie für kleine und mittlere Unternehmen.“

Die EU-Kommission redet von Bürokratieabbau, doch wir erleben das Gegenteil – z.B. bei der Reform der Arbeitsmarktstatistik. Diese soll u.a. auf Unternehmen unter zehn Mitarbeiter ausgedehnt werden. Schon ab einem Minijobber drohen neue Formulare. Das geht zu weit! Deshalb haben wir beantragt, die Grenze von zehn Mitarbeitern beizubehalten. Außerdem haben wir gegenüber der Kommission dafür plädiert, die Berichtspflichten beim EU-Forschungsprogramm „Horizon“ zu verringern. Damit kleine Unternehmen und Start-Ups einfacher Zugang zu Forschungsgeldern bekommen.“

- Ende Artikel -

Strategielosigkeit in einer bedrohten Weltordnung

Autorin: Theresa Caroline Winter, Expertin für Sicherheits- und Verteidigungspolitik und nukleare Abschreckung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Deutschland und Europa stehen nicht nur vor einem Superwahljahr mit vielen Ungewissheiten, sondern international auch vor zahlreichen Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Werte von Freiheit und Demokratie zu verteidigen, müssen wir unsere eigenen Sicherheitsinteressen bewerten und klar definieren und damit zeigen, was uns unsere Freiheit und die liberale Demokratie wert sind.

Die Welt befindet sich in einem sogenannten Superwahljahr. Der Höhepunkt unserer Befürchtungen, Spekulationen und Untergangsszenarien sind die Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024. Alle außenpolitischen Strategiedebatten sind davon bestimmt. Was bedeutet es für die europäische Sicherheitspolitik, sollte Trump gewählt werden? Wie steht es um die NATO, den nuklearen Schutzschirm, Abschreckung in Europa? Wie wird die militärische Unterstützung der Ukraine davon beeinträchtigt, und was bedeutet das für den Obulus, den Deutschland zahlen muss?

Unterdessen...

...Festigen Russland und Iran ihre Rüstungskoooperation, die Russland eine Menge bewaffnungsfähiger Drohnen mit einer Reichweite von bis zu 2.500 Kilometern verschaffen wird.

...Kooperieren Russland und China immer enger in der Arktis miteinander, nebst einem neuen Hoch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

...Entwickelt sich der Krieg im Nahen Osten zu einem Mehrfrontenkonflikt, zwischen pro-iranischen Milizen und den USA, während der Krieg zwischen Israel und der Hamas andauert.

...Ist die Lage im Südchinesischen Meer unsicherer denn je, vor allem, weil keiner mehr weiß, wo er hinschauen soll.

Militärische Investitionen als Machtdemonstration

Nach den USA hat China die zweithöchsten Militärausgaben weltweit, mit zwei Millionen aktivem Militärpersonal ist die Volksbefreiungsarmee (VBA) zumindest zahlenmäßig das größte Militär. Zwar hinkt die VBA weiter in vielem hinterher, aber die Ambitionen sind unmissverständlich. Klar ist, dass China sein Militär als wichtiges Instrument der Machtunterstreichung betrachtet, nach innen wie nach außen. Spätestens seit dem 20. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2022 will China offiziell eine militärische Weltmacht werden. Eine grundlegende Modernisierung der VBA bis 2035 ist geplant und schließlich zum „Weltklassemilitär“ bis Mitte des Jahrhunderts. Das Narrativ ist dabei ebenso unmissverständlich, die internationale Weltordnung und insbesondere die Rolle der USA innerhalb dieser infrage zu stellen.

Nicht überraschend verkündete jüngst die russische Regierung Rekordausgaben für sein Militär 2024, die etwa sechs Prozent des BIP ausmachen sollen. In den letzten zehn Jahren hat Russland einen wesentlichen Teil seiner Militärausgaben in Modernisierungsprogramme investiert, die darauf abzielen, veraltete Ausrüstung zu ersetzen, Technologie und Infrastruktur zu verbessern und die Effektivität der Streitkräfte zu steigern. Dazu gehören Investitionen in Waffen der nächsten Generation, Cyber-Fähigkeiten und Luft- und Raumfahrtsysteme. Russlands militärische Engagements seit dem Angriff auf die Ukraine, der Annexion der Krim und der Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg haben ihren Teil zur Ausrichtung der Verteidigungsausgaben beigetragen. Solche Operationen erforderten zusätzliche Ressourcen und Investitionen in militärische Fähigkeiten, einschließlich Ausrüstungsmodernisierung. Insgesamt spiegeln Russlands Militärausgaben der letzten Dekade deutlich sein Interesse, eine Position als globale Militärmacht zu erhalten und zu stärken, wider.

Aber auch Indien hat in den letzten zwei Dekaden seine Verteidigungsausgaben stetig erhöht, um seinen geostrategischen Interessen gerecht zu werden. Im internationalen Vergleich hat Indien die dritthöchsten Ausgaben für Verteidigung, nach den USA und China. Dabei lag der Fokus auf der Beschaffung moderner Ausrüstung, der Entwicklung neuer Technologien und der Verbesserung der Einsatzbereitschaft seiner Streitkräfte. Die steigenden Verteidigungsausgaben gehen auch mit der Dynamik regionaler Spannungen und der Notwendigkeit einher, auf eine Vielzahl von Sicherheitsherausforderungen, darunter Grenzkonflikte und Terrorismus, zu reagieren.

Von „So what?“ zu „What now?“ – Vom Schulterzucken zur aktiven Interessendefinition

Die Verteidigungsausgaben der drei größten Investoren in Militärausgaben nach den USA zeigt, dass weltweit in Kriegsfähigkeit investiert wird. Deutschland und die EU müssen sich in Acht nehmen, ohne einfach in einen quantitativen Ausgabe-Wettbewerb einzusteigen.

Die strategische Russland-Iran-Kooperation oder die globale Russland-China Kooperation müssen ein Weckruf sein, dass wir endlich vom Was-Wäre-Wenn-Trump-Gewählt-Wird in echte Handlungen übergehen. Und die müssen damit beginnen, unsere eigenen Interessen zu definieren, losgelöst davon, ob und wie viel Watte uns unsere transatlantischen Partner unter die Füße legen. In der komplexen Welt der globalen Politik stehen wir vor der Herausforderung, die koordinierten Manöver autoritärer Zusammenschlüsse zwischen China, Russland, Iran und Nordkorea im Sinne der Freiheit zu kontern. Während diese Regime ihre Interessen bündeln und ihre Macht festigen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir in Europa unsere Kapazitäten konzentrieren, um die Werte von Freiheit und Demokratie weltweit verteidigen zu können.

Ein starkes selbstständiges Europa als Partner

Während autokratische Regime ihren konkreten Einfluss erweitern, erwarten wir hilflos Antworten aus den USA. Dabei funktioniert das transatlantische Bündnis nur mit einem handlungsfähigen selbstständigen Europa. Trotz komplexer demokratischer Prozesse haben wir die Chancen, die strategische Stärke der EU zu verbessern. Neue Studien zeigen, dass langfristig orientierte Demokratien die erfolgreichsten politischen Systeme für eine unberechenbare Zukunft sind, wie die Politikwissenschaftlerin Florence Gaub in ihrem neuesten Buch hervorstellt.

Angesichts der unverhohlenen Bedrohungen der internationalen Ordnung ist es entscheidend, unsere Interessen neu zu bewerten und den Mut zu haben, politisch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ein Versäumnis in diesem Bereich zeigt eigene Schwäche und gefährdet die universellen Werte, die wir verteidigen wollen.

Das Problem ist nicht allein, dass die sogenannte „Achse des Bösen“ mit der Erweiterung um China und Russland eine echte Bedrohung der internationalen Weltordnung geworden ist. Oder, dass China und Russland systematisch auf allen Kontinenten ihre Macht auszuweiten versuchen. Das größte Problem ist, dass wir

in Deutschland weiter eigene Sicherheitsinteressen nicht klar genug definieren und priorisieren. Die Debatten um Taurus-Lieferungen an die Ukraine, um Wehrpflicht und die Verstetigung vom Zweiprozentziel der Verteidigungsausgaben zeigen, dass es höchste Zeit ist, wirklich zu entscheiden, was uns unsere bedrohte Freiheit und liberale Demokratie wert ist.

- Ende Artikel -

Einwanderung sichert unsere Zukunft

Autor: Christian Dürr, FDP-Präsidiumsmitglied & Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Der demografische Wandel in Deutschland ist neben dem Klimawandel die größte Herausforderung unserer Zeit. Unsere Bevölkerung altert und die Geburtenrate sinkt. Wir haben zu wenig Menschen in Arbeit, die Wohlstand erwirtschaften und in die Sozialsysteme einzahlen. Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist in allen Branchen schmerzlich spürbar. Deshalb haben wir uns als Koalition einer Migrationspolitik verschrieben, die Deutschland als modernem Einwanderungsland gerecht wird. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir bereits letztes Jahr wichtige Änderungen durchgesetzt. Ein Beispiel: die Einführung der Chancenkarte mit Punktesystem. Damit erleichtern wir die Einwanderung von Fachkräften und stärken gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Neues Staatsangehörigkeitsrecht

Gleichzeitig war es uns ein Anliegen, die Voraussetzungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nachzuschärfen: Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht haben wir statt der Aufenthaltsdauer die wirtschaftliche Integration in den Mittelpunkt gestellt. Wer hierzulande eingebürgert wird, muss fortan nachweisen können, den Lebensunterhalt für sich und seine Angehörigen aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Daneben haben wir den Einbürgerungsprozess für Menschen aus dem Ausland vereinfacht, die schon lange legal in Deutschland leben und ihren Beitrag leisten – statt wie bislang erst nach acht Jahren, wird die Einbürgerung zukünftig im Regelfall bereits nach fünf Jahren möglich sein. Gleichzeitig muss sich jede Person, die eingebürgert werden möchte, explizit zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Diktatur und ihre Folgen bekennen – insbesondere den Schutz jüdischen Lebens. Antisemitismus, Rassismus und jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen, an dieser Stelle haben wir deutlich nachgeschärft.

Wer kein Bleiberecht hat, muss gehen

Wir haben klare Bedingungen dafür aufgestellt, wer nach Deutschland kommen darf und hierzulande eine Perspektive hat. Gleichzeitig muss auch klar sein, dass nicht bleiben darf, wer sie nicht erfüllt. Mit dem vor Kurzem verabschiedeten Rückführungsverbesserungsgesetz vereinfachen wir die Abschiebungsverfahren, indem wir die Durchsuchungsmöglichkeiten für die Polizei erweitern, die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams verlängern und die Ausweisung von Schleusern erleichtern. Außerdem können Menschen, die in der Vergangenheit durch antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder diskriminierende Taten aufgefallen sind, fortan schneller ausgewiesen werden.

Deutschland muss für die klügsten Köpfe der Welt ein offenes und attraktives Einwanderungsland sein – und gleichzeitig konsequent im Umgang mit denjenigen, die sich hierzulande nicht integrieren wollen und keine Bleibeperspektive haben. Daher ist es so wichtig, dass wir nun die richtigen Rahmenbedingungen für eine moderne Einwanderungspolitik schaffen.

- Ende Artikel -

Generationenkapital

Autor: Anja Schulz, Berichterstatterin für Rentenpolitik der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Mit dem Generationenkapital wollen wir Stabilität in die gesetzliche Rentenversicherung bringen – für Rentnerinnen und Rentner und die, die es noch werden wollen.“

Wir haben heute eine völlig andere Bevölkerungsstruktur als in den 1950er Jahren – aber immer noch dasselbe Rentensystem. Dass sich das bei einem umlagefinanzierten System auf die Dauer nicht verträgt, war bereits vor 40 Jahren bekannt. Dennoch hat man notwendige Korrekturen versäumt und Leistungen immer wieder zulasten der nachkommenden Generationen ausgeweitet. Das ändern wir: Mit der Aktienrente haben wir Freie Demokraten ein Konzept zur Rentenreform vorgeschlagen, das für einen Paradigmenwechsel steht. In diesem Jahr werden wir mit dem Generationenkapital den ersten Schritt gehen. Wir schaffen den Einstieg in eine ergänzende Kapitaldeckung in der Rentenversicherung und stellen die Finanzierung der Rente auf ein zweites Standbein. Bis Ende der 2030er Jahre wollen wir einen 200 Milliarden Euro schweren Kapitalstock aufbauen, der renditeorientiert anlegt und so zusätzliche Mittel für die Rentenversicherung erwirtschaftet. Damit sorgen wir dafür, dass der Beitragssatz nicht so stark steigen wird, wie es ohne Reform prognostiziert ist. Das ist ein starker Beitrag zur Generationengerechtigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von der Rente noch weit entfernt sind. Für uns steht fest, dass wir das Generationenkapital weiterentwickeln müssen, hin zu einer echten Aktienrente nach schwedischem Vorbild mit individuellen Ansprüchen für jeden Einzelnen. Denn nur damit schaffen wir die Option auf höhere Renten im Alter.

- Ende Artikel -

Standort Deutschland

Autor: Carl-Julius Cronenberg, Sprecher für Mittelstand und Freihandel der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Wirtschaftliche Dynamik braucht attraktive Standortbedingungen und keine teuren Subventionen.“

Der wirtschaftliche Standort Deutschland wird von immer mehr Unternehmen als unzureichend und nicht zukunftsfähig bewertet. Besonders die schlechte Stimmung im Mittelstand ist ein deutliches Warnzeichen!

Als Freie Demokraten kämpfen wir weiter dafür, dass die Schuldenbremse eingehalten und Steuern und Abgaben nicht erhöht werden. Aber es geht auch um positive Impulse. So hat Bundesfinanzminister Christian Lindner das Wachstumschancengesetz vorgelegt. Damit könnten Unternehmen um mehrere Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Im Bundesrat blockieren bisher ausgerechnet CDU und CSU dieses wichtige Gesetz. Die Union muss jetzt endlich staatspolitische Verantwortung übernehmen und die Wachstumsimpulse ermöglichen, auf welche die Unternehmen händeringend warten.

Eine weitere wichtige Stellschraube ist die Bürokratieentlastung. Sie ist ein kostenloses Konjunkturprogramm! Wer Bürokratie abbaut und gleichzeitig die längst überfällige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung durchsetzt, schafft enorme Spielräume für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Wir sehen aber auch: Immer mehr bürokratische Gesetze kommen aus Brüssel. Daher ist es umso wichtiger, dass die FDP auch zukünftig mit einer starken Stimme im Europarlament vertreten ist. Bürokratie, die gar nicht erst entsteht, muss später nicht in einem mühsamen und komplizierten Verfahren wieder abgebaut werden. Wir brauchen mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Freiheitsvertrauen!

- Ende Artikel -

Ein Meilenstein für Bildungspolitik

Autorin: Bettina Stark-Watzinger, FDP-Präsidiumsmitglied und Bundesministerin für Bildung und Forschung

Das Startchancen-Programm ist nicht nur das größte und langfristigste Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch ein liberales Kernprojekt. Denn Bildung ist die Voraussetzung für ein wirklich freies und eigenverantwortliches Leben. Deshalb ist sie zentraler Baustein unserer Politik für mehr Chancengerechtigkeit und die Erneuerung des Aufstiegsversprechens.

Aufstieg durch Bildung ist ein großes Versprechen, das wir Freie Demokraten erneuern wollen. Denn Bildung macht den Einzelnen stark, selbstbestimmt und schafft Chancen. Die PISA-Ergebnisse haben uns vor Augen geführt: Noch nie war der Handlungsdruck so groß wie jetzt. Es geht um die Zukunft unserer Kinder und den Wohlstand unseres Landes. Wir brauchen eine bildungspolitische Trendwende und sie muss bei den Grundkompetenzen beginnen. Den Einstieg werden wir mit dem Startchancen-Programm nach dem Vorbild der Talentschulen schaffen. Damit sollen etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler besonders gestärkt und so zu Startchancen-Schulen entwickelt werden. Das Programm beinhaltet drei zentrale Säulen: ein Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung, ein Chancenbudget für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung und mehr Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams. So brechen wir alte Strukturen auf.

Eine bildungspolitische Trendwende

Nach intensiven Verhandlungen mit den Ländern haben wir jetzt eine Verständigung erreicht. Wer die Länder kennt, weiß, dass das kein einfaches Unterfangen war. Mir lag dabei ein besonders wirksames Startchancen-Programm am Herzen, das zielgerichtet und wissenschaftsgeleitet gerade in Grundschulen ansetzt und dort unterstützt. Die angekündigte Bildungsmilliarde machen wir damit zur Startchancenmilliarde – Jahr für Jahr. Die Länder werden sich hälftig an der

Finanzierung des Programms beteiligen. So kommen wir auf ein Gesamtvolumen von 20 Milliarden Euro in zehn Jahren.

Eine lohnende Investition in die Zukunft

Damit ist das Startchancen-Programm das größte und langfristigste Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland! Und das kann uns stolz machen. Wir investieren mit ihm in erfolgreiche Bildungsbiografien, in Fachkräfte von morgen, in unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Stabilität unserer Demokratie. Nun folgen die erforderlichen Ratifizierungsprozesse in Bund und Ländern, bevor im Frühsommer 2024 die formale Unterzeichnung erfolgen kann. Dann geht das Startchancen-Programm in die Umsetzung und startet zum neuen Schuljahr. Ein Meilenstein für die Bildungsrepublik Deutschland und für uns Freie Demokraten.

- Ende Artikel -

Gute Argumente

Fortschritt, Freiheitsliebe, faire Spielregeln und Verantwortung für die Zukunft sind unsere Werte, die unsere Argumentation in den politischen Entscheidungsfeldern prägen. Was das in den politischen Debatten bedeutet, lesen Sie hier.

EU-Lieferkettenrichtlinie stoppen, Bürokratie-Burnout verhindern

Weniger Bürokratie, mehr Freiheit! Unternehmen müssen sich endlich wieder auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können. Insbesondere kleine und mittelständische Betriebe sind stark durch die Brüsseler Bürokratie und durch Meldepflichten betroffen. Wir Freie Demokraten lehnen den aktuellen Entwurf der EU-Lieferkettenrichtlinie deshalb ab. Der Anwendungsbereich der Richtlinie träfe explizit kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland. Stattdessen unterstützen wir einen KMU-Check und die Anwendung einer „one in, two out“-Regel zum nachhaltigen Bürokratieabbau.

Bundeshaushalt 2024: Einhaltung der Schuldenbremse, Entlastungen für die Mitte, Investitionen in die Zukunft

Der Bundeshaushalt 2024 enthält steuerliche Entlastungen und Rekordinvestitionen. Die Schuldenbremse gilt. Für Straßen, Schienen und Wasserstraßen steigern wir die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um fast 40 Prozent. Außerdem investieren wir unter anderem in die Digitalisierung der Verwaltung, in Forschung und Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz sowie in die Grundlagenforschung zu grünem Wasserstoff. Wir halten unser Versprechen und entlasten die Menschen weiter. Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben. Im Gegenteil – wir haben die arbeitende Mitte im Umfang von 15 Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer entlastet.

Faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Landwirtschaft

Die ursprünglich geplanten, einseitigen Belastungen der Landwirtschaft halten wir für falsch. Diese hätten die Landwirte stark getroffen. Deshalb begrüßen wir Freie Demokraten die geplanten Änderungen in Bezug auf den Beitrag der Landwirtschaft. Die Betriebe brauchen Planbarkeit und Sicherheit, um auf politische Maßnahmen adäquat reagieren zu können. Auf Druck der FDP hin haben wir in der Koalition nun eine praktikable Lösung gefunden. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für weniger Bürokratie, weniger Regulierung und mehr Praxis-tauglichkeit in der Agrarpolitik ein.

- Ende Artikel -

InfraGO - Sanieren, Modernisieren, Digitalisieren für eine starke Schiene

Autor: Dr. Volker Wissing, FDP-Präsidiumsmitglied & Bundesminister für Digitales und Verkehr

Das Eisenbahninfrastrukturunternehmen DB InfraGO bündelt 5.400 Bahnhöfe und 33.400 Schienenkilometer in einer gemeinwohlorientierten Infrastrukturgesellschaft, mit dem Ziel ein leistungsfähiges Schienennetz und attraktive Bahnhöfe zu schaffen. Der Start der DB InfraGO ist nicht weniger als das größte Infrastruktur-Sanierungspaket in der deutschen Eisenbahn-Geschichte. Wir läuten damit einen Paradigmenwechsel bei der Bahninfrastruktur ein, der für mehr Qualität, mehr Kapazität, mehr Transparenz und mehr Kundenorientierung auf der Schiene sorgen wird.

Wir trennen Netz und Betrieb. Ab jetzt geht es bei der Schieneninfrastruktur nicht mehr in erster Linie darum, Gewinn zu erzielen, sondern sich an acht Gemeinwohlzielen zu orientieren und mehr Verkehr auf der Schiene zu ermöglichen. Zu diesen Zielen zählen eine hohe Kapazität, Qualität und Resilienz, aber zum Beispiel auch ein diskriminierungsfreier Wettbewerb sowie die Aufgabe, mehr Kunden für die Schiene zu begeistern – nicht zuletzt aus Klimaschutzgründen.

Pünktlich und zukunftsorientiert

Eine verbindlich am Gemeinwohl orientierte Infrastrukturgesellschaft für die Schiene – das ist eine der ganz zentralen verkehrspolitischen Maßnahmen, die sich diese Bundesregierung vorgenommen hat. Wir haben sie geliefert und das wie versprochen zum 1.1.2024 – also pünktlich.

Zum Kern unserer Reform gehört auch die deutlich stärkere Steuerung durch den Bund als Eigentümer, was die Mittelverwendung für die Infrastruktur anbelangt. Wir werden sehr viel besser steuern, bei welchen Projekten das Geld am sinnvollsten und effizientesten ausgegeben wird, damit es die größten Effekte erzielt und die Kunden bald merken, dass die Dinge besser werden.

Trotz der angespannten Haushaltslage ist es uns gelungen, deutlich mehr Mittel für die Schiene bereitzustellen: 11,5 Milliarden Euro zusätzlich im Kernhaushalt und weitere 20 Milliarden Euro, die durch eine Kapitalerhöhung der Bahn eingebracht

werden. Dieses Geld benötigen wir auch, um unser Mammutprojekt umsetzen zu können: die Generalsanierung der Hochleistungskorridore. Im zweiten Halbjahr 2024 geht es mit einer Rekordbauzeit von wenigen Monaten los mit der Riedbahn zwischen Frankfurt und Mannheim. In den kommenden Jahren folgen dann nach und nach weitere Korridore, damit wir bis 2030 ein voll leistungsfähiges, modernes und resilientes Netz haben, um noch mehr Menschen und Güter auf die Schiene zu bringen. Diese Investitionssumme ist auch ein deutliches Signal für die Bauwirtschaft und ein Konjunkturprogramm für die gesamte Baubranche.

Begeisterung fürs Bahnfahren wecken

Wir wollen aber nicht nur die Strecken anpacken, sondern auch die Bahnhöfe – denn sie sind der erste und der letzte Eindruck jeder Bahnreise. Wenn wir also mehr Menschen für das Bahnfahren begeistern wollen, reicht es nicht, sich auf die Pünktlichkeit, den Fahrplan und den Service zu fokussieren. Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Bahnhöfe beziehungsweise Haltestellen attraktiv sind. Wir wissen, wie unzufrieden die Fahrgäste mit der Bahn sind und können das auch sehr gut nachvollziehen. Deswegen haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt und arbeiten mit anspruchsvollen Plänen und großer Tatkraft und Leidenschaft daran, dass es besser wird. Noch in diesem Jahr.

- Ende Artikel -

Zukunft konkret gestalten

Autorin: Angelika Hießerich-Peter, Bundesvorsitzende Liberaler Mittelstand
Bundesvereinigung e.V.

Der Liberale Mittelstand (LIM) vertritt die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Als Wirtschaftsverband der FDP setzt er sich seit Gründung im Jahr 2000 für eine liberale Wirtschaftspolitik ein. Die rund 1000 Mitglieder sind in den Landesverbänden organisiert und agieren damit als Sprachrohr des Mittelstands in der FDP und in der Öffentlichkeit. Der Mittelstand ist Rückgrat der deutschen Wirtschaft und zugleich Motor für Innovation und Wohlstand.

Der LIM steht für eine Politik der Eigeninitiative, Risikobereitschaft und unternehmerischen Denkens. Der Weg dafür ist ein vernünftiger und konstruktiver Dialog zwischen den Akteuren der Politik, der Unternehmerschaft und der Öffentlichkeit. Der technische Fortschritt lässt sich weder politisch beschließen noch gesellschaftlich verhindern. Wir streiten auf allen Ebenen für eine wachstumsfreundliche, aktivierende Politik, die das Investitionsklima verbessert und Lust auf die Zukunft macht. Es geht um nichts Geringeres als um die Neuerfindung der Sozialen Marktwirtschaft: Unternehmerische Freiheit auf der einen und soziale Sicherheit auf der anderen Seite. Beides mit klaren ordnungspolitischen Grundsätzen und fairen Regeln für alle.

Wir wollen das Lebensmodell Unternehmertum fest in der Bildung als gleichwertiges und adäquates Lebensmodell alternativ zur Arbeitnehmerrolle etablieren: die Unternehmerfamilie, in der jedes Mitglied seine wichtige Rolle annimmt und darauf vorbereitet wird. Unternehmertum bedeutet: mutig sein, Risiken eingehen und Verantwortung übernehmen.

Der LIM denkt Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes. Um die Zukunft zu gestalten, braucht es Planungssicherheit und einen verlässlichen Rahmen. Unternehmergeist braucht Freiheit. Diesen Dialog führen wir mit allen Akteuren. Wir kennen die Zukunft nicht, bevor wir sie gestalten!

- Ende Artikel -

Arbeiten im Maschinenraum der Liberalen Familie

Feuerwehrmann, Leichtathletik-Weltmeister, Prinzessin, Boxer, Influencer oder Bundeskanzlerin – als Kind wussten Sie ganz genau, was Sie werden wollten. Jetzt sind Sie Juristen, Verwaltungsangestellte, Softwareentwickler, Social-Media- oder Marketing-Manager. Sie haben sich der Kommunikation, dem Tüfteln oder dem Analysieren verschrieben – und finden Politik ziemlich spannend.

Und damit wären wir im Maschinenraum der liberalen Familie: Hier arbeiten Menschen, die es nicht auf die politische Bühne drängt, sondern die dafür sorgen, dass es im Hintergrund rund läuft und die Anliegen der Wählerinnen und Wähler gehört werden.

Da ist zum Beispiel Thomas Hahn, Rechtsanwalt und als Justiziar für die FDP tätig. Er sagt: „Hinter den Kulissen der großen Politik gibt es jeden Tag spannende Rechtsfragen zu lösen.“ Er hat viele Beispiele: Wie kann das neue Online-Tool datenschutzkonform gestaltet werden? Welche Bild- und Urheberrechte sind bei der geplanten Social-Media-Kampagne zu beachten? Was muss in der Satzung der FDP geändert werden, um den Parteialtag durch Digitalisierung zu erleichtern? Zusätzlich gibt es knifflige Fragen aus dem Wahl- und Parteienrecht. Thomas Hahn ist überzeugt, dass Menschen, die Mitglied einer Partei werden, gestalten wollen und sich nicht mit Bürokratie herumschlagen möchten. „Unsere Aufgabe besteht darin, sicherzustellen, dass unsere Mitglieder den Kopf frei haben für politische Ideen.“

Das gleiche Ziel verfolgt auch Diana Aghte: „Mein Job? Maßgeschneiderte Digital-Konzepte zu entwickeln, damit die Ideen der Political Natives online richtig durchstarten“, sagt die Junior Projektleiterin bei der Universum AG. Und die wiederum macht digitale Kampagnen, damit die Freien Demokraten in Deutschland und Europa relevante Reichweite für Ihre politischen Anliegen erzielen – inklusive daten- und technologiebasierter Strategien für politische Kommunikation.

- Ende Artikel -

Wir brauchen eine Wirtschaftswende

Im Interview: Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender und Bundesminister der Finanzen

Deutschland steht vor großen Herausforderungen – teilweise liest man von einem Land „im Niedergang“. Teilen Sie diese Auffassung?

Die Sorgen und Ängste in Zeiten der Epochenumbrüche nehme ich ernst.

Deutschland ist aber nicht im Niedergang. Viele unserer Zukunftsaufgaben sind durch Versäumnisse der Vorgängerregierung und externe Einflüsse verstärkt worden: Inflation, steigender Zins, Ukraine-Krieg, steigende Energiekosten und die Konjunkturschwäche Chinas. Deshalb braucht es jetzt Kraft, Mut und einen kühlen Kopf, um kluge Entscheidungen zu treffen. Wir Freie Demokraten werden dabei weder gesundbeten noch schwarzmalen, sondern uns den Aufgaben stellen und die Modernisierung des Landes anschieben.

Die Vorstellungen der drei Regierungsparteien zur Umsetzung politischer Vorhaben liegen teils weit auseinander. Es wird oft laut gestritten. Muss nicht genau jetzt diszipliniert gearbeitet werden?

Es war immer klar, dass die Arbeit angesichts der inhaltlichen Unterschiede zu SPD und Grünen nicht einfach werden würde. Die Kommunikation in der Regierung klappt nicht immer reibungslos, auch wir tragen dabei Verantwortung. Schlussendlich beweisen wir als Regierungskoalition aber, dass wir zum Wohle des Landes tragfähige und zukunftsweisende Lösungen erarbeiten. Das ist das Entscheidende.

Für das Jahr 2024 steht nun der Haushalt. Es wurde bis zuletzt um jeden Euro gerungen, weshalb zum Teil von einem Sparhaushalt die Rede ist. Stimmt das? Nein, ganz im Gegenteil, es handelt sich um einen Gestaltungshaushalt. Wir investieren auf Rekordniveau und entlasten zugleich die Bürgerinnen und Bürger mit 15 Milliarden Euro durch die Senkung bei Lohn- und Einkommensteuer. All das schaffen wir bei sinkender Schuldenquote und unter Einhaltung der Schuldenbremse.

Der Schuldenbremse widerspricht die Forderung von Habeck nach einem Sondervermögen für die Wirtschaft, um Wachstumsimpulse zu setzen.

Das stimmt. Die Debatte hat aber gezeigt: Der Wirtschafts- und der Finanzminister sind sich in der Analyse einig, dass die deutsche Wirtschaft nicht hinreichend

wettbewerbsfähig ist und die Belastungen zu hoch sind. Das kann nicht folgenlos bleiben. Wir brauchen eine Wirtschaftswende. Weg vom Verteilen, hin zum Erwirtschaften. Wir müssen alles tun, was die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum wieder stärkt, und alles unterlassen, was Dynamik kostet.

Können Sie das spezifizieren?

Wir brauchen unter anderem ein Dynamisierungspaket. Das bedeutet zum einen die Meseberg-Bürokratiebeschlüsse von Marco Buschmann umzusetzen. Drei Milliarden Euro geringerer Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft stecken dahinter. Bürokratieabbau bedeutet im Übrigen auch, nicht zusätzlich die EU-Lieferkettenrichtlinie zu beschließen, die Unternehmen massiv belasten würde. Zudem müssen wir den Arbeitsmarkt mobilisieren und flexibilisieren, dafür braucht es den Jobmotor für Geflüchtete aus der Ukraine und auch das Instrument der Sanktionen bei den Totalverweigerern.

Und darüber hinaus?

In das Dynamisierungspaket gehört auch ein marktwirtschaftliches Klimaschutzgesetz. Unser Ziel muss weniger Planwirtschaft und mehr marktwirtschaftlicher Ideenwettbewerb sein.

Die steuerlichen Anreize im Wachstumschancengesetz für Investitionen und Forschung sollten wir in Richtung einer Unternehmensteuerreform ausdehnen. Und schließlich müssen wir viel mehr privates Kapital mobilisieren. Banken, Versicherungen und Kapitalsammelstellen anderer Art haben Milliarden Euro unter Verwaltung, investieren es aber nicht in Deutschland. Hier können wir uns viel bei unseren französischen Freunden anschauen.

In Ihrer Rede zum Europaparteitag sprachen Sie von einer „Gestaltungswahl“ am 9. Juni. Was meinen Sie damit?

Die Fragen unserer Sicherheit, unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Ordnung der Migration und viele weitere sind inzwischen so groß geworden, dass keines der 27 Mitgliedsländer der EU sie alleine beantworten könnte. Deshalb braucht es eine Europäische Union, die wieder in strategischer Hinsicht in der Lage ist, unsere Werte und Interessen zu vertreten. Bei der Wahl geht es darum, dafür zu sorgen, dass im nächsten EU-Parlament die Stimme der Freiheit gestärkt wird und nicht die Rechts- und Linkspopulisten seine Funktionsfähigkeit von innen heraus gefährden. Es geht am 9. Juni schlicht um Freiheit und Demokratie in Europa.

Abseits von der generellen Bedeutung der Wahl geht es auch inhaltlich um viel.

Welche Aufgaben sehen Sie als am drängendsten?

Was für Deutschland gilt, gilt auch für die EU. Wir brauchen Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Neben weniger Bürokratie müssen wir jetzt unseren größten Wettbewerbsnachteil gegenüber den USA angehen: ein leistungsfähiger, privater Kapitalmarkt, der Risiken und Innovationen finanziert.

Des Weiteren müssen wir konsequenter in der Migrationspolitik werden. Zu lange gab es hier keinen Handlungsdruck. In der Bundesregierung haben wir eine neue Realpolitik in der Migration erreicht und die erlaubte es, auch auf europäischer Ebene eine neue Realpolitik einzuleiten.

Und schlussendlich hat sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unsere politische Prioritätensetzung in Europa fundamental verändert. Wir als Europäer müssen unter dem Dach der NATO unsere verteidigungspolitischen, unsere militärischen Befähigungen verbessern und uns als Europäische Union in die Lage versetzen, unsere Werte und Interessen im Zweifel auch selbst verteidigen zu können.

Im Herbst stehen auch drei Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern an.

Wie blicken Sie auf die anstehenden Wahlkämpfe?

Wir Freie Demokraten stehen als einzige politische Kraft für die Freiheit als ein umfassendes Lebensgefühl. Wir schützen Menschen vor Bevormundung und finanzieller Überforderung und ermöglichen zugleich durch Bildung und Arbeit Lebenschancen. Für die Menschen kommt es besonders auf unsere wirtschaftliche Kompetenz an – uns traut man solides Haushalten und Wirtschaftswachstum zu. Das haben wir mehr als einmal eindrucksvoll bewiesen.

Welche Botschaft würden Sie für das anstehende Jahr formulieren?

Wir dürfen uns von den aktuellen Herausforderungen nicht gefangen nehmen lassen. Gerade wir Freie Demokraten haben keinen Grund dazu. Wir sind bereit, uns den Realitäten zu stellen, weil wir von der Zukunft nichts befürchten, sondern etwas erwarten. Ich bin mir sicher, in unserem Land gibt es viele Menschen, die einen Aufbruch wollen, die den Missmut satt sind und die nur auf den ersten Achtungserfolg des Optimismus warten. Gehen wir also voran.

- Ende Interview -